

Antrag

der Abgeordneten Sevim Dağdelen, Heike Hänsel, Dr. Gregor Gysi, Jan Korte, Kathrin Vogler, Zaklin Nastic, Dr. Diether Dehm, Andrej Hunko und der Fraktion DIE LINKE.

Rüstungsexporte in die Länder des Vorderen und Mittleren Orients sofort stoppen

Der Bundestag wolle beschließen:

Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

den Export von Rüstungsgütern in Länder der Region des Vorderen und Mittleren Orients, insbesondere nach Pakistan, sofort einzustellen und keine neuen Genehmigungen mehr zu erteilen.

Berlin, den 24. August 2021

Amira Mohamed Ali, Dr. Dietmar Bartsch und Fraktion

Begründung:

Der erneute Siegeszug der islamistischen Terrormilizen der Taliban nach 20 Jahren Militärpräsenz der NATO in Afghanistan ist ohne Unterstützung durch Pakistan nicht denkbar. Die Bundesregierung hat darüber hinaus allein in der 19. Wahlperiode Rüstungsexporte im Wert von fast 300 Millionen Euro an die Taliban-Helfer in Islamabad genehmigt. Im Rahmen ihrer Machtübernahme ist den Taliban das Waffenarsenal der afghanischen Sicherheitskräfte in die Hände gefallen, darunter neben den von den USA gelieferten auch die seit 2001 aus Deutschland ausgeführten Rüstungsgüter. Die Bundesregierung hat allein in der 19. Wahlperiode Einzelausfuhrgenehmigungen für Rüstungsgüter an Afghanistan im Gesamtwert von rund 30 Millionen Euro erteilt. Seit Beginn des NATO-Militäreinsatzes in Afghanistan 2001 hat die Bundesregierung den Export von Kriegswaffen und anderen Rüstungsgütern für mehr als 400 Millionen Euro in das Land genehmigt.

Das Beispiel Afghanistan zeigt auf geradezu dramatische Weise, dass die Bundesregierung einen Endverbleib deutscher Rüstungsgüter nicht gewährleisten kann. Akut und mit Blick auf das Mandat der Bundesregierung „Einsatz bewaffneter deutscher Streitkräfte zur militärischen Evakuierung aus Afghanistan“ besteht die Gefahr, dass Waffen aus Deutschland auch gegen deutsche Staatsbürger, gegen Angehörige der Bundeswehr oder gegen die Menschen, die evakuiert werden sollen, gerichtet werden. War es in der Vergangenheit schon unverantwortlich, Rüstungsexporte in die Länder des Vorderen und Mittleren Orients zu genehmigen, so ist es jetzt zwingend, Waffenlieferungen dorthin zu beenden.

